

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bestandteil: Nachrichten Dresden
Bezugspreis-Gemeinschaft: 1884
Preis für Nachdruck: Nr. 20011
Erscheinung u. Hauptredaktion:
Dresden - K. 1, Marienstraße 20/21

Bezugspreis vom 16. bis 21. Juli 1930 bei täglich zweimaliger Zustellung pro Band 1,70 Mk.
Bezugspreis für Monat Juli 3,40 Mk. (einschl. 20 Pfg. Postgebühr (ohne Postumschlaggebühren)).
Anzahl 10 Pfg., außerhalb Dresden 15 Pfg., Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Gebühr berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für außerhalb 40 Pfg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 50 mm breite Reklamezeile
300 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offertengebühren 30 Pfg. Unzulässige Aufträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Herff & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1064 Dresden
Nachdruck nur mit bewill. Genehmigung
(Kreuz. Nachr.) zulässig, Unberichtigte
Schriftsätze werden nicht aufgesetzt

Blutige Unruhen in Kairo

Die Truppen feuern auf Demonstranten

London, 21. Juli. Am Montagvormittag hatte sich infolge des Beschlusses der Wafdpartei, sich den Eintritt in das aufgelöste Parlament zu erzwingen, eine große Menschenmenge in der Gegend des Parlamentsgebäudes gesammelt. Nach und nach bildeten sich größere Demonstrationen, die meistens aus Jugendlichen bestanden. Die Demonstranten zogen die Hauptstraßen herunter, warfen eine große Anzahl von Fensterscheiben und Laternen ein und hielten Straßenbahnen an. In den Hauptstraßen ist kaum eine einzige Fensterscheibe ganz geblieben. Die Polizei nahm eine große Anzahl von Verhaftungen vor. Gegen Mittag nahmen die Übergriffe der Demonstranten ernster Formen an. In verschiedenen Straßen kam es zu regelrechten Kämpfen mit der Polizei, wobei diese reichlich von den Feuerwaffen Gebrauch machte. Eine große Anzahl von Demonstranten wurde getötet. Einzelheiten liegen zur Stunde noch nicht vor.

Nach Neutermeldungen sollen bei den Zusammenstößen in der Menge eine Person getötet und 87 verletzt worden sein. Die Verluste der Polizei sind unbekannt. In der Nähe des Abbas-Palastes wurde eine Gasleitung in Brand gesetzt und mit Straßenlaternen und anderem Material eine Barrikade errichtet. Die Menge wurde jedoch schließlich von der Polizei zerstreut, die jetzt die Lage beherrscht. In Port Said kam es zu kleineren Kundgebungen, bei denen die Polizei ebenfalls von der Schusswaffe Gebrauch machte. Auch hier wurden ägyptische Truppen eingesetzt. Ein Demonstrant wurde getötet, 21 verletzt. Die Truppen hatten 16 Verwundete, die Polizei 50.

In Kairo kam es am Abend zu weiteren Zusammenstößen, als eine Anzahl Europäer von einer größeren Menschenmenge angegriffen wurde. Ein Europäer gab aus einem Revolver mehrere Schüsse ab, wodurch ein Ägypter getötet wurde. Dies war das Zeichen zu einem allgemeinen Angriff gegen die Europäer, die sich in einem Laden geflüchtet hatten. Sie konnten jedoch durch das schnelle Eingreifen der Polizei rechtzeitig gerettet werden. Die Lage in der Stadt ist wieder sehr gespannt.

Seit den furchtbaren Aufständen des Jahres 1919 war die Lage in Ägypten niemals so beunruhigend wie jetzt. Am Sonntagabend beschloßen die Wafdisten, das Parlament zu stürmen und trotz des Verbotes der Regierung eine Sitzung abzuhalten. Sie sandten einen Boten an König Fuad mit dem dringenden Ersuchen, eine außerordentliche Sitzung des Parlamentes einzuberufen. Das Schreiben war von den verfassungsmäßig vorgeschriebenen zwei Dritteln der Parlamentsmitglieder unterzeichnet, und im Parlament wäre sofort ein Mißtrauensvotum gegen das Kabinett eingebracht worden. König Fuad und Premierminister Sidki-Pascha befinden sich dadurch in einer heiklen Lage. Berufen sie das

Parlament ein, so wird die bisherige Regierung zum Rücktritt gezwungen; lassen sie die Verfassung außer acht, so schiebt die Wafdpartei ihnen die Verantwortung für die blutigen Unruhen zu, wie es jetzt bereits geschieht.

Die Stadt Kairo gleicht einem besetzten Lager. An allen Plätzen stehen ägyptische Truppen mit aufgestellten Seitengewehren; Maschinengewehre und Panzerwagen sind in Bereitschaft. Die Bahnhöfe wurden mit Wachen versehen, die Befehl erhielten, auf jedermann zu feuern, der den Versuch mache, die Bahnhöfe zu zerstören. Die meisten Geschäfte haben geschlossen, viele verbarrikadierten ihre Räume. Die Regierung erließ eine Kundgebung, in der sie die Bevölkerung vor der Teilnahme an den Wafdemonstrationen warnte und erklärte, sie würde rücksichtslos von der Waffe Gebrauch machen. Doch schon am frühen Montagvormittag zeigte sich, daß die Warnung ungehört verhallen würde. Auf dem Universitätsplatz kam es zuerst zu Ausschreitungen: Die Mutterer zerstörten, bevor sie auseinandergetrieben wurden, verschiedene Landelaber und fällten mehrere Bäume. Später kam es zu Tumulten in der Nähe des Wohnsitzes des britischen Oberkommissars und in der Nähe des Innenministeriums. In der Nähe ihres Hauptquartiers versuchten die Revolutionäre Steinbarrikaden zu errichten. An allen diesen Stellen gab es Verwundete auf beiden Seiten. Die Szenen, die sich hier abspielten, waren aber nur der Auftakt zu den schweren Straßenkämpfen, über die wir eingangs berichteten.

Henderson über die Lage in Ägypten

London, 21. Juli. Außenminister Henderson hatte am Montag im Unterhaus eine Reihe von Anfragen über die Lage in Ägypten zu beantworten. Ueber die neuen Unruhen in Kairo und Port Said befragt, erklärte Henderson unter anderem: Britische Truppen seien nicht eingesetzt worden. Die britische Regierung sei auch nicht um die Bereitstellung von Truppen ersucht worden. In der Haltung der Londoner Regierung sei keine Änderung eingetreten. Im Hinblick auf die letzten Ereignisse in Ägypten, müsse sich jedoch Großbritannien in seiner weiteren Haltung von den kommenden Ereignissen in Ägypten leiten lassen. Diese außerordentlich einschränkende Mitteilung des Außenministers wurde auf der rechten Seite des Hauses mit lautem Hörs, föhrl aufgenommen.

Verhandlungen mit Ghandi?

London, 21. Juli. Der Staatssekretär für Indien, Wedgewood Benn, teilte am Montag im Unterhaus mit, daß die Regierung beschloßen habe, auf die Benutzung von Tränengas zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in Indien zu verzichten. Es bestehe kein Grund, die für den 20. Oktober in Aussicht genommene englisch-indische Konferenz zu verschieben. Die britische Regierung habe im Augenblick noch keine amtlichen Meldungen über die gegenwärtige Haltung Ghandis hinsichtlich der Fortführung oder Einstellung des passiven Widerstandes.

Staatskrise in Bayern

Wir sind in Sachsen daran gewöhnt, zu glauben, daß wir mit unserm regierungsunfähigen Landtag am tiefsten in die parlamentarischen Nöte verstrickt seien. Aber es kann uns, obwohl wir weit davon entfernt sind, irgendeinem deutschen Nachbarland etwas Schlimmes zu wünschen, doch beinahe wie ein Trost im Unglück erscheinen, wenn wir sehen, daß es auch anderwärts mit dem Ländereparlamentarismus nicht mehr geht. Soeben schiebt sich Bayern durch die Entfesselung einer regelrechten Staatskrise an, auch seinerseits den Beweis dafür zu erbringen.

Dort haben seit Jahren die Bayerische Volkspartei, der Bauernbund und die Deutschnationalen in einer nicht immer reibungslosen, aber doch recht haltbaren Koalition zusammen regiert. Die Deutschnationalen braucht man nicht besonders vorzustellen; die beiden erstgenannten Regierungspartner aber sind bayerische Eigentümlichkeiten. Die Volkspartei ist aus ihrer Tätigkeit im Reichstag bekannt als eine mehr nach rechts gerichtete Abart des Zentrums mit stark föderalistischem Einschlag. Der Bauernbund fällt dagegen mit seinen vier Abgeordneten in der Reichspolitik weniger ins Gewicht. Seine Eigenart unterstreicht dort der Bauernführer Eisenberger, der es sich nicht nehmen läßt, auch im Reichstag stets in der Gebirglerkluft zu erscheinen. Um so größer ist der Einfluß dieser ausgesprochenen Landespartei im Bayerischen Landtag, wo ihre Stimmen der Regierung erst die Mehrheit geben. Unter der Leitung radikaler, teilweise sogar bolschewistisch angehauchter Vorkämpfer hat sie sich dort zu einem Element der Unruhe entwickelt und die Schwierigkeiten herbeigeführt, in denen sich Bayern jetzt windet.

Den Anstoß hat, wie überall so auch hier, die wachsende Finanzkatastrophe des Landes gegeben. Seit fünf Jahren hat der Staatshaushalt immer mit einem Defizit abgeschlossen, und die Fehlbeträge sind in dieser Zeit auf die Riesensumme von 125 Millionen gestiegen. Nun wollte die Regierung endgültig Schluss machen und den Beginn der Sanierung durch einen ausgeglichene Etat für 1930 erzwingen. Es handelt sich also um dieselben Probleme, die auch in Sachsen den Gegenstand der Auseinandersetzungen bilden. Nur daß man in Bayern die Schlamperrei der Defizitwirtschaft viel weiter hat treiben lassen. So ist dort denn auch nach Vornahme aller nur möglichen Streichungen ein Rest geblieben, der nur durch neue Einnahmen ausgeglichen werden kann, während es in Sachsen mit knapper Not gelungen ist, den Staatsausgleich ohne Steuererhöhungen herzustellen. In Bayern haben sich nun die Regierung und ihre Parteien auf die Suche nach neuen Steuern gemacht und nichts anderes gefunden, als die in Sachsen bereits bestehende Schlachtsteuer. Sie sollte, beim Fleischer erhoben und von ihm auf die Verbraucher abgewälzt, das Pfund Fleisch um etwa 2 Pfennig verteuern, aber in der Masse doch genügende Einnahmen bringen, um den diesjährigen Fehlbetrag zu decken. Monatslang tobte der Kampf um die Schlachtsteuer, und das Ergebnis ist jetzt, daß sie von einer bunt zusammengewürfelten Mehrheit, in der der Bauernbund als Regierungspartei den Ausschlag gab, abgelehnt wurde. Die verschiedenartige Begründung der Ablehnung macht es ganz unmöglich, daß sich die gegen die Regierung vereinigten Parteien zu einer neuen Mehrheit zusammenfinden. Nur im Berneinen sind sie stark, zum eigenen Aufbau unfähig. Und wie im Reich, so macht man jetzt auch in Bayern die Erfahrung, daß die Opposition, welche das keine Opfer einer Massenverbrauchssteuer verweigert, ihrerseits keinen anderen Ausweg zu zeigen vermag.

Am triftigsten erscheint noch die Begründung der Nationalsozialisten, die das rechtmäßige Zustandekommen des gegenwärtigen Landtages überhaupt nicht anerkennen und seine Auflösung erzwingen wollen. Der Widerstand der Sozialdemokratie gründet sich auf ihre grundsätzliche Abneigung gegen Konsumsteuern und die Ablehnung des Bauernbundes auf die angebliche Belastung der Viehhändler durch die Schlachtsteuer. Schon dieser Widerspruch zeigt, daß hier etwas nicht stimmen kann. Denn die Schlachtsteuer trifft entweder die Verbraucher oder die Erzeuger. Nach allen Erfahrungen wird sie durch Preisausschlag abgewälzt und wirkt deshalb vorwiegend als Konsumsteuer. Das ist dem Bauernbund von allen Seiten vorgehalten worden, aber er hat sich dickköpfig gegen alle Vernunftgründe gesperrt und zu erkennen gegeben, daß er eben überhaupt keine Steuern bewilligen will. Er hat sich auch durch die starken Beschwerden des Finanzministers nicht erweichen lassen, der ihm zurief: „Soll ein Staat, der für das Deutsche Reich eine besondere Kraftquelle bietet, in dem noch Kinder geboren werden, in einem Einheitsreich aufgehen, das in seiner Ueberindustrialisierung, in dem Stillstand seines Bevölkerungswachstums von erster Gefahr bedroht ist? Soll die Geschäfte einst auf den Leichenstein des bayerischen Staates die Grabinschrift schreiben: Der Bauernstaat Bayern starb, weil ihn in seiner Not seine Bauern verließen?“

Nun, ganz so schlimm wird es nicht werden. Das bayerische Volk wird trotz der Ablehnung der Schlachtsteuer noch weiter Kinder gebären, und der bayerische Staat wird deswegen nicht gleich untergehen. Aber die Lage der bayerischen

Notverordnungen nicht vor Freitag

Vor der entscheidenden Kabinettsitzung

Berlin, 21. Juli. (Eig. Drahtmeldung.) Am Montagnachmittag fand eine Besprechung des Reichsfanzlers Dr. Brüning mit Reichsfinanzminister Dr. Dietrich statt. Es handelte sich dabei um die Vorbereitung der entscheidenden Kabinettsitzung, die am Freitag stattfindet. Erstens wird die Reichsregierung die Entscheidung darüber zu fällen haben, welche unvollendet gebliebenen Gesetzentwürfe durch Notverordnungen in Kraft gesetzt werden sollen, und zum anderen wird das Reichskabinett

über die Ausgestaltung der Notverordnungen im einzelnen

Beschluß fassen müssen. Im Hinblick auf den Kreis der durch Verordnung zu regelnden Materien ist bisher eine Entscheidung noch nicht erfolgt. Auf dem Verordnungsweg mit Hilfe des Artikels 48 sollen nur solche Gesetze verordnet werden, die der Verrückung des finanziellen Notstandes dienen. Dabei handelt es sich neben den Deckungsvorlagen vor allem um den Reichshaushalt selbst. In welcher Form der Reichshaushalt durch den Artikel 48 in Kraft gesetzt wird, unterliegt noch der Entscheidung, doch darf angenommen werden, daß

der Gesamtetat auf diesem Wege verordnet

wird. Dann wird auch darüber zu entscheiden sein, welche Gesetze mit dem Reichshaushalt unmittelbar in Verbindung stehen. Das dürfte zum Beispiel gelten vom Gesetz über die Arbeitslosenversicherung, da, wenn die Vor-

schläge der Reichsregierung keine Gesetzeskraft erhalten, ein neues Finanzgesetz im Etat entsteht.

„Vossische Zeitung“ und „Berliner Börsenkurier“ weisen ziemlich übereinstimmend darauf hin, daß Reichsfanzler Brüning

die neue Notverordnung als eine Wahlparole zur Sammlung

und zur Verbreiterung der Front zu benutzen beabsichtigt, die bis zur Reichstagsauflösung hinter der Regierung gestanden hat. — „Wenn erst der Etat dekretiert ist“, so schreibt die „Voss. Zeitung“, „wird der Reichsfanzler, der auf seinen Sommerurlaub verzichtete, die Verbindung mit den Parteien aufnehmen und den Versuch einer Sammlung machen. Wie sich der Reichsfanzler diese Konzentration im neuen Reichstage vorstellt, mit welchen Parteien und Gruppen er schon in der Wahlbewegung auf sie aufzuwehren wolle, sei jetzt allerdings noch nicht deutlich zu sehen.“ Der „Börsenkurier“ erklärt, alle Zeichen sprechen dafür, und der Kanzler und die übrigen Mitglieder der Regierung seien sich dessen bewußt, daß sie diesmal mit besonderer Aktivität in den Wahlkampf eintreten und auf die Kristallisation der in so viele Splitter zerfallenden bürgerlichen Gruppen zu festen Gebliden hinwirken müßten.

Sollte sich diese Absicht der Regierung Brüning bewahrheiten, so würden die Parteien, die bisher hinter ihr standen, den Wahlkampf mit einer deutlichen sichtbaren Front auch gegen die SPD. zu führen haben.

Vertical text on the left margin containing various numbers and small text fragments.